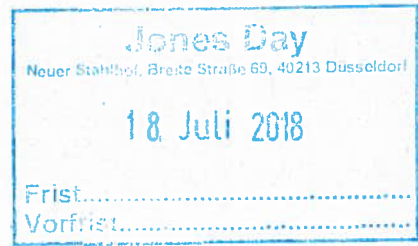


Beglaubigte Abschrift

10 O 171/18



Landgericht Bonn

Beschluss

In dem einstweiligen Verfügungsverfahren

der Internet Corporation for Assigned Names and Numbers, 12025 Waterfront Drive
// Suite 300, Los Angeles, CA 90094-2536, Vereinigte Staaten,

Antragstellerin,

Verfahrensbevollmächtigte:

Rechtsanwälte Jones Day, Breite Str. 69,
40213 Düsseldorf,

gegen

die EPAG Domainservices GmbH, vertr. d. d. Gf., [REDACTED]

Antragsgegnerin,

Verfahrensbevollmächtigte:

Rechtsanwälte Rickert,
Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, Kaiserplatz
7 - 9, 53113 Bonn,

Fieldfisher Germany LLP, [REDACTED]
[REDACTED]

Prozessbevollmächtigte,

hat die 10. Zivilkammer des Landgerichts Bonn
am 16.07.2018

durch den Vorsitzenden Richter am Landgericht [REDACTED] den Richter am
Landgericht [REDACTED] und den Richter am Landgericht [REDACTED]

beschlossen:

Der sofortigen Beschwerde der Antragstellerin vom 13.06.2018 gegen den Beschluss der Kammer vom 29.05.2018 wird nicht abgeholfen und die Sache dem Oberlandesgericht Köln als Beschwerdegericht zur Entscheidung vorgelegt.

Gründe:

Zu einer Abhilfe bestand vor dem Hintergrund des Beschwerdevorbringens weder in Ansehung des ursprünglichen (Haupt-)Antrags noch unter dem Blickwinkel des nunmehr gestellten Hilfsantrags Veranlassung.

I.

Der Umstand, dass – was zwischen den Parteien streitig ist – die Möglichkeit der Hinterlegung von Kontaktdaten auch für den sog. Admin-C und Tech-C von der Beklagten technisch gar nicht mehr zur Verfügung gestellt werde, selbst eine freiwillige Angabe des Registranten insoweit also bereits aktuell nicht mehr erfolgen könne, führt nicht zu einer Änderung der Rechtsauffassung der Kammer gemäß dem angefochtenen Beschluss vom 29.05.2018.

Soweit die Antragstellerin mit ihrem ursprünglichen (Haupt-)Antrag inhaltlich eine Fortführung der bisherigen Praxis der Antragsgegnerin verlangt, wonach diese dem Registranten durch Eröffnung einer entsprechenden Eingabeoption die Mitteilung dritter Personen als Tech-C und Admin-C ermöglichte, erweist sich diese als datenschutzrechtlich unzulässig. Denn eine Einwilligungskontrolle im Hinblick auf die unter den Kategorien Tech-C und Admin-C angegebenen – vom Registranten personenverschiedenen – Dritten und deren tatsächliche Autorisierung der Erfassung ihrer Daten fand nicht statt und konnte technisch im Rahmen des beschriebenen Registrierungsprozesses auch gar nicht stattfinden. Somit musste sich diese Praxis datenschutzrechtlich an den allgemeinen Erlaubnistatbeständen für die Datenspeicherung und –verarbeitung messen lassen. Die Notwendigkeit einer Erfassung der Personendaten für die Zusatzkategorien Tech-C und Admin-C vermag die Kammer indes nach wie vor nicht zu erkennen. Zwar bietet eine größere Datenmenge naturgemäß bei abstrakter Betrachtung auch immer breitere

Erkenntnismöglichkeiten der speichernden Stelle. Bereits der Umstand, dass die Erhebung von Kontaktdaten zu den Kategorien Admin-C und Tech-C auch in der Vergangenheit stets lediglich auf freiwilliger Basis geschah, da der Registrant hier Eintragungen vornehmen konnte, aber nicht musste, etwa seine eigenen Daten auch unter diesen Kategorien angeben konnte, macht indes deutlich, dass es sich bei diesen zusätzlichen Daten, deren auch künftige Erfassung die Antragstellerin von der Antragsgegnerin verlangt, nicht um notwendige handeln kann. Wenn eine Eingabe insoweit rein optionalen Charakter hatte (und weiterhin haben würde), kann die Antragstellerin auch keine „Notwendigkeit“ für die von ihr ins Feld geführten Zwecke geltend machen.

Soweit die Antragstellerin eine Notwendigkeit der Speicherung der Daten Dritter in den Kategorien Admin-C und Tech-C nunmehr (auch) mit entsprechenden Bedürfnissen des Registranten selbst zu begründen versucht, vermögen diese für das Rechtsverhältnis zwischen Antragstellerin und Antragsgegnerin ohnehin keinen maßgeblichen Ausschlag zu geben. Der Kammer erschließt sich auch nicht, inwieweit das von der Antragstellerin insoweit ins Feld geführte Delegationsrecht des Registranten berührt sein sollte. Dieser kann sich zur Verwaltung seiner Domain in technischer und administrativer Hinsicht wie ehemals Dritter bedienen, ohne dass deren fehlende Registrierung durch die Antragsgegnerin hierauf in nachteiliger Weise durchschlagen würde. Dass diese Hilfspersonen ihrerseits mangels Erfassung ihrer Kontaktdaten nicht unmittelbar von der Antragsgegnerin als Registrar kontaktiert werden können, berührt die Rechtsstellung des Registranten in keiner Weise. Sein Mehraufwand organisatorischer Art schränkt sich im Bedarfsfall auf die bloße Weiterleitung an ihn gerichteter Mitteilungen der Antragsgegnerin an die von ihm für den technischen oder administrativen Bereich eingesetzten Hilfspersonen.

II.

Soweit die Antragstellerin nunmehr geltend macht, jedenfalls eine durch Einwilligung gedeckte Erfassung von Kontaktdaten für den sog. Admin-C und Tech-C oder eine solche, die keine personenbezogene Daten enthalte, sei von der Antragsgegnerin auf Grundlage des zwischen den Parteien geschlossenen Vertrages geschuldet, dürfte dies nach Auffassung der Kammer zutreffend sein. Indes erweist sich der insoweit von der Antragstellerin im Abhilfeverfahren gestellte Hilfsantrag als

unzulässig, da er keinen vollstreckungsfähigen Inhalt aufweist. Der Antrag ist zu unbestimmt, um ihm entnehmen zu können, in welcher Weise eine Einwilligung künftig im Registrierungsprozess sichergestellt bzw. erfasst werden soll, welches konkrete Handeln der Antragstellerin mithin begehrt wird.

Jedenfalls die bisherige Erfassungspraxis der Antragsgegnerin ist insoweit ungeeignet, in datenschutzrechtlich nicht zu beanstandender Form entsprechende Daten zu erheben, zu speichern und zu verarbeiten, zumal der Umstand, ob dem Registranten als solchem eine Einwilligung des Dritten vorliegt, von der Antragsgegnerin im Rahmen des bestehenden Registrierungsprozesses naturgemäß nicht überprüft werden kann. Selbst wenn der Registrant im Rahmen seiner Registrierung eine solche Erklärung abzugeben hätte, dürfte die Antragsgegnerin als speichernde und verarbeitende Stelle hierauf nicht ohne weiteres vertrauen. Insoweit ist es auch nicht etwa mit einer nachträglichen Kontrolle durch die Antragsgegnerin getan, bei der nicht autorisierte Kontaktdaten unter den Kategorien Tech-C und Admin-C aussortiert werden könnte. Vielmehr darf die Antragsgegnerin die entsprechend erfassten Daten – auch für eine ggf. nur kurze Zwischenzeit – nur dann speichern und verarbeiten, wenn ihr eine Einwilligung seitens der betroffenen natürlichen Person vorliegt.

Die gleichen Bedenken schlagen auf die zweite Dimension des Hilfsantrags durch, soweit hiermit jene Fälle angesprochen werden, in denen die unter den Kategorien Admin-C oder Tech-C erfassten Daten ausnahmsweise keine personenebezogenen Daten darstellen, sondern etwa diejenigen einer vom Registranten mit der technischen oder administrativen Verwaltung der betreffenden Domain beauftragten juristischen Person. Auch hier wäre naturgemäß lediglich eine nachträgliche Kontrolle der Antragsgegnerin möglich. Die Frage, ob es sich um personenbezogene Daten handelt oder nicht, ist stets erst dann zu beurteilen, wenn vom Registranten entsprechende Dateneintragungen bereits vorgenommen worden sind.



Beglaubigt

Urkundsbeamter/in der Geschäftsstelle

Landgericht Bonn

